
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 7
Datum 14. Oktober 2015

52 1.7.2 Politikplan
Politikplan 2016 bis 2020

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung gegeben. Zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde den Fraktionen sowie den Ratsmitgliedern offen sein. Anschliessend besteht die Gelegenheit, zuerst zum Politikplan und anschliessend zum Finanz- und Investitionsplan gezielt Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Zuerst zum Allgemeinen: Die GPK hat das Wort.

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Ich werde ein paar Erläuterungen zum Politikplan machen. Ich werde nicht mehr auf das HRM2 eingehen, hierzu gab es einen Einführungsabend. Selbstverständlich stehen wir aber für weitere Fragen zur Verfügung, David Portner ist deswegen hier.

Die neuen Finanzhaushaltvorschriften fanden ihren Niederschlag in diesem Finanz- und Investitionsplan. Aber ein Franken ist immer noch ein Franken, ob mit HRM1 oder HRM2. Der Finanz- und Investitionsplan basiert auf denselben Zahlen und mit gleichbleibender Steueranlage während der ganzen Zeitdauer ohne Erhöhungen. Ich komme später darauf zurück, wieso das so gemacht wurde und das Eigenkapital hier trotzdem sinkt.

Wir haben über die gesamte Planperiode ein Defizit in der Planung, durchschnittlich 1,4 Mio. Franken. Wir müssen in diesem Jahr noch festlegen, über welchen Zeitraum das altrechtliche Verwaltungsvermögen von ungefähr 18 Mio. Franken abgeschrieben werden muss. Wir müssen die Abschreibungsdauer festlegen und zwar mit diesem Budget und dies einmalig für die ganze Zeit in der das abgeschrieben werden muss. Wir können später im Vollzug keine Änderungen machen.

Der Gemeinderat schlägt Ihnen vor, das Verwaltungsvermögen von 18 Mio. Franken auf zehn Jahre abzuschreiben, damit man diesen Betrag zu stemmen vermag. Damit man die Grössenordnung von 18 Mio. Franken Verwaltungsvermögen erreicht, muss man 2015 eine einmalige Abschreibung von 5 Mio. Franken zu Lasten des Eigenkapitals machen. Deshalb auch das rapide Abnehmen des Eigenkapitals. Weil die Entwicklung während der ganzen Planperiode defizitär ist, kommen wir eher tief herunter beim Eigenkapital.

Wieso wird hier nicht von einer Anpassung auf der Einnahmeseite gesprochen? Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass er das vertreten kann. Dies, weil wir in dieser Planperiode das Betagtenheim verkaufen werden. Wenn das Prozedere "Schäferei" nicht allzu lange geht, wird es auch dort Einnahmen geben, so dass wir das Eigenkapital wieder aufstocken können. Wir haben dies aber absichtlich nicht in der Planung berücksichtigt. Weil wir nicht wissen, wieviel Geld reinkommt und auch nicht, wann dies alles verkauft wird. Es ist aber der Grund, weshalb wir einnahmeseitig die Planperiode nicht bearbeitet haben, um Steuererhöhungen oder sonstige Einnahmequellen aufzuzeigen.

Der Selbstfinanzierungsgrad wird dadurch nicht besser, die Rechnungsergebnisse sind defizitär, das Eigenkapital geht auf Fr. 2 Mio. runter, wir haben aber ausgeführt, weshalb wir das verantworten können.

Der Gemeinderat hat im Finanzleitbild einen Wert von zwischen 5 und 10 Steueranlagezehn-teln an Eigenkapital festgelegt und dies halten wir ein. Aber eben mit der Aussicht, ausseror-dentliche Einnahmen generieren zu können und so das Eigenkapital wieder aufstocken kön-nen.

Den Investitionsplan hat der Gemeinderat überarbeitet, dort wurde nichts herausgeschoben, was zu Ungunsten der nachfolgenden Generationen sein könnte. Wir haben alle Anlagen, Strassen, Schulhäuser, die unterhalten werden müssen, in gewohnten Rahmen eingebunden und berücksichtigt. Hier sollte es keine Überraschungen geben, insofern dies zum heutigen Zeitpunkt überhaupt vorausgesehen werden kann.

Warum schreiben wir das Verwaltungsvermögen nicht innert 16 Jahren ab? Man kann es so hinauszögern. Unsere Finanzpolitik, die man sicher nicht als schlecht bezeichnen kann, geht davon aus, dass wir diese 10 Jahre verkraften können. Länger abschreiben bringt nichts, je länger man es hinausschiebt, desto mehr Unsicherheiten gibt es, weil niemand weiss, was die Zukunft bringt.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Voten der Fraktionen.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Die SP-Fraktion nimmt vom Politikplan, vom Finanz- und Investitionsplan des Gemeinderates Kenntnis. Dem Inhalt des Politikplanes und dem Umsetzungsprogramm stimmen wir ohne Bemerkungen zu.

Beim Finanz- und Investitionsplan sind wir mit der vorsichtigen Beurteilung des wirtschaftli-chen Umfeldes durch den Gemeinderat einverstanden. Die finanzpolitischen Perspektiven sind zurzeit nicht gut. Wir teilen aber die Auffassung, dass das vorhandene Eigenkapital es erlaubt, für eine gewisse Zeit die geplanten Defizite aufzufangen, auch wenn die gesetzlich vorgeschriebene Abschreibung des Verwaltungsvermögens die Erfolgsrechnungen in den nächsten 10 Jahren noch zusätzlich mit ca. 1,6 Mio. Franken belasten wird.

Eine Abschreibungsdauer von 12 Jahren hätte die Belastung leicht vermindert und der Ge-meinde in den kommenden Budgets etwas mehr Spielraum verschafft. Aber wir können ver-standen, dass der Gemeinderat der kürzeren Dauer von 10 Jahren den Vorzug gibt. Er will die Belastung so rasch als möglich weg haben.

Wir können dem zustimmen, wenn heute Abend beschlossen wird, dass in der laufenden Jahresrechnung eine Abschreibung vom Verwaltungsvermögen in der Höhe von 5 Mio. Franken vorgenommen wird. So wie das der Gemeinderat beim nächsten Traktandum vor-schlägt. Das ergibt für die Zukunft eine Entlastung von jährlich einer halben Million und ist als einmalige Massnahme im laufenden Jahr verkraftbar. Besondere Situationen erfordern un-konventionelle Massnahmen. Wir danken dem Gemeinderat und dem Finanzverwalter für die Entwicklung dieser Idee und unterstützen sie.

Im Übrigen ist klar, dass die geplanten Defizite und der Trend zur Neuverschuldung auch uns nicht gefallen hat und auch wir darum künftig einen haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln der Gemeinde erwarten.

Wie bereits gesagt, wir nehmen vom Politikplan, Finanz- und Investitionsplan zustimmend Kenntnis.

Markus Bacher, FDP: Die FDP nimmt ebenfalls Kenntnis. Es hat Themen, die wir beim Budget ansprechen werden. Der Politikplan, Finanz- und Investitionsplan ist für uns mitsamt Abschreibungsdauer und den vorhandenen Vorschlägen in Ordnung.

Bruno Vanoni, GFL: Ich mache es umgekehrt, ich rede nicht zu den Zahlen, zu denen kommen wir später beim Budget. Ich möchte zu ein paar Punkten im Politikplan etwas sagen. Zum neuen Lösungsansatz 3.7 (Seite 14, oben) "Amphibienwanderung schützen" haben wir uns etwas gewundert, dass im Tätigkeitsprogramm 2016 von der Umsiedlung der Amphibien in den Ersatzweiher im Buchsiwald die Rede ist. Über die Idee mit diesem Ersatzweiher ist ja anlässlich der Grenzbegehung mit dem GGR Buchsi informiert worden. Jetzt haben wir auf Rückfrage erfahren, dass der Gemeinderat dafür im letzten Juni einen Kredit bewilligt hat. Der Natur- und Vogelschutzverein Münchenbuchsee und Umgebung hat in seinem Mitteilungsblatt auch schon darüber berichtet. Wir möchten den Gemeinderat bitten, darüber auch hier zu berichten und allenfalls auch zu sagen, wann der Bau erfolgt.

Zum neuen Lösungsansatz 4.8 (Seite 15) "den Familientreff sichern": Wir sind froh, dass eine Delegation des Gemeinderates den Vereinsvorstand kontaktieren will, um eine Alternative zum aktuellen Standort Bernstrasse 90 zu suchen. Im Investitionsplan sind fürs Jahr 2018 Fr. 350'000.00 für den Abbruch der Liegenschaft Bernstrasse 90 eingestellt. Können wir davon ausgehen, dass angesichts dieser Summe der GGR das letzte Wort über den Abbruch der Liegenschaft bekommen wird?

Bei der Lektüre der verschiedenen Vorhaben im Tätigkeitsprogramm ist uns aufgefallen, dass immer wieder von Konzepten, Umsetzungsplänen, Analysen die Rede ist, also von Grundlagen, die wir nicht kennen oder jedenfalls nicht auf der Webseite zugänglich sind. Wir können uns deshalb nicht dazu äussern.

In einem Fall sind die Unterlagen aber zugänglich: Es geht um den unter Punkt 3.5.1.1 erwähnten „Generellen Beleuchtungsplan“, der vom Gemeinderat im Juni beschlossen worden ist. Wir haben festgestellt, dass hinter diesem 30-seitigen Papier aus dem Departement Tiefbau, Ver- und Entsorgung und dem zugehörigen 50-seitigen Massnahmenkatalog sehr viel Arbeit steckt. Und es sind sehr interessante Informationen zum Werterhalt und zur Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung. Wir lesen darin, dass der Umstieg auf LED-Technik „auf weite Sicht“ erfolgen soll bzw. in 20-25 Jahren abgeschlossen sein soll. Wir haben Verständnis, dass die Umstellung auf LED nicht subito erfolgen kann. Aber ein bisschen schneller als ein Vierteljahrhundert sollte es unseres Erachtens schon gehen. Kann man doch die ausserordentlichen Erträge, die sich abzeichnen, zu einem kleinen Teil auch für eine beschleunigte Umrüstung auf LED einsetzen.

Damit bin ich wieder einmal beim Thema Energie angelangt. Gemäss Tätigkeitsprogramm, Punkt 3.2.1.1. könnte der Entscheid des Gemeinderates, ob Zollikofen weiterhin das Energiestadt-Goldlabel anstreben soll, erneut hinausgeschoben werden. Der Entscheid könnte erst 2016 fallen. Wenn der Entscheid noch nicht gefallen ist, gehen wir davon aus, dass die Arbeiten am Energierichtplan weiterhin im Hinblick auch auf dieses Ziel vorangetrieben werden. Wir erwarten für die angekündigte öffentliche Mitwirkung im November einen Energierichtplan, der sich nicht nur mit dem kantonal bereits Vorgeschriebenen zufrieden gibt, sondern weiterhin die Ambitionen der Energiestadt Zollikofen hochhält.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Archiv, also zu den Lösungsansätzen, die nicht weiterverfolgt werden und deshalb aus dem Ideenspeicher ins Archiv verschoben worden sind: Auf Seite 17 wird, an vierter Stelle, erwähnt: "den Verein Begegnungszentrum unterstützen". Als Begründung fürs Fallenlassen dieser Idee wird erwähnt, der Verein sei nicht mehr aktiv. Wir möchten darauf hinweisen, dass Mitte September eine Vereinsversammlung einen Neustart beschlossen hat. Morgen Abend findet ein erster öffentlicher Anlass im Quadrat zusammen mit dem Forum dialog-gesundheit statt.

Wir bitten den Gemeinderat angesichts dieses Neustarts, die Unterstützung des Vereins Begegnungszentrum wieder in den Ideenspeicher zurückzuverschieben.

Peter Bähler, SVP: Die SVP nimmt den Politikplan und den dazugehörigen Finanzplan und Investitionsplan zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat für das Ausarbeiten. Der Politikplan ist eine Fortschreibung der letztjährigen Planung auf den Grundlagen der Befragung 2012.

Die Amphibienwanderung wurde wegen der Überbauung Schäferei neu aufgenommen. Der Pilot "Busbetrieb Linie 41" läuft momentan gemäss Betreiber gut. Jetzt hoffen wir nur, dass die Linie die erforderliche Rentabilität erreicht und ins Angebot des Kantons aufgenommen wird.

Energiestadtlabel: Die Anforderungen für den Erhalt des Goldlabels steigen und steigen und haben hohe Kosten und wenig Nutzen. Mit den Anforderungen des Labels von 2005 wären heute fast alle Gemeinden "goldig", weil es die gesetzlichen Grundlagen bereits so verlangen. Die SVP begrüsst es, wenn der Gemeinderat diese Zielsetzung überdenkt. Die Energieziele der Gemeinde können auch im Energierichtplan definiert werden.

Der Finanzplan ist nach HRM2 aufgebaut. In den nächsten Jahren übersteigen die Aufwände regelmässig die Einnahmen. Diese Defizite in der Erfolgsrechnung sind durch das vorhandene Eigenkapital gedeckt. Doch auf die Dauer kann das nicht gut kommen. Einmal ist das Eigenkapital aufgebraucht. Dann sind schmerzliche Eingriffe nötig. Diese Situation muss der Gemeinderat in seiner Planung berücksichtigen und rechtzeitig entsprechende Korrekturen einleiten.

Hans-Jörg Rothenbühler, BDP: Auch die BDP dankt den Verfassern für die getane Arbeit und auch für die Einführung in HRM2. Wir werden Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Weitere Fraktionsmeldungen? Das ist nicht der Fall? Voten der Ratsmitglieder?

Thomas Ackermann, CVP: Auch die CVP nimmt den Politikplan sowie den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis. Dazu gehört auch die Abschreibung innert 10 Jahren, die für uns so in Ordnung ist aufgrund dem jetzigen Wissensstand. Ebenfalls danken wir den Verfassern für die guten Unterlagen. Wenn aber ein Thema wie die Amphibienwanderung in die neuen Lösungsansätze aufgenommen wird: Bis anhin dachte ich, dass in den Politikplan Themen aufgenommen werden, die der Bevölkerung das Wohnen angenehmer machen sollen. Ich sehe den Zusammenhang mit dem Thema "Amphibienwanderung schützen" hier nicht. Aber von mir aus kann es drinbleiben.

Toni Oesch, FdU: Ich habe keine allgemeinen Bemerkungen. Bei der Detailberatung werde ich mitmachen.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Will der Gemeinderat zu den Voten der allgemeinen Runde Stellung nehmen?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Ich möchte auf die Frage von Bruno Vanoni betreffend Ersatzweiher im Zusammenhang mit der Amphibienwanderung eine Antwort geben. Die Erstellung des Weihers ist in diesem Jahr vorgesehen. Die Beiträge von Dritten werden mehr als die Hälfte des Kredites ausmachen.

Zum zweiten Punkt, Energiestadt: Das Re-Audit Energiestadt hat am 18. September 2015 stattgefunden. Wir warten jetzt auf den Entscheid der Label-Kommission. Wie es schon im Verwaltungsbericht 2014 erwähnt worden ist, hat die Auswertung des jetzigen Energiestadt-Massnahmenkataloges ein sehr unbefriedigendes Resultat ergeben. Um das Gold-Label zu erhalten, müssen 75 % der möglichen Punkte erreicht werden.

Das stellt eine sehr hohe Hürde dar. Der Gemeinderat wird über das Ziel Goldlabel beraten. Falls er dieses Ziel nicht bestätigen würde, kann sich die Gemeinde als einfache Energiestadt mit wirtschaftlich vertretbaren Massnahmen weiterentwickeln.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Zur Frage "Bernstrasse 90" von Bruno Vanoni: Es ist selbstverständlich in der normalen Finanzkompetenz und wird ein GGR-Geschäft, das abschliessend hier beraten wird.

Präsidentin: Wir kommen somit zur Detailberatung des Politikplanes. Wir sammeln entsprechende Voten aller Ratsmitglieder und anschliessend wird der Gemeinderat dazu Stellung nehmen.

Seiten 3 bis 10: Keine Bemerkung.

Beim Umsetzungsprogramm gehen wir nach den Leitsätzen:

Seiten 11 bis 15, Leitsatz 1 bis 5: Keine Bemerkungen.

Seiten 16 bis 24: Keine Wortmeldungen.

Präsidentin: Gibt es noch Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort hat der Gemeinderat.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zum Finanz- und Investitionsplan, den wir themenweise beraten. Auch hier gehen wir zuerst hindurch, danach hat der Gemeinderat Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Bemerkungen zu Seiten 1 bis 5, Bericht?

Toni Oesch, FdU: Seite 3, 9.2, Eigenkapital/Bilanzfehlbetrag. Im dritten Satz heisst es "...es wird jedoch festgehalten, dass die voraussichtliche Eigenkapitalhöhe für den Gemeinderat nicht zu den primären Zielgrössen für die Steuerung des Finanzhaushaltes gehört." Ich komme beim Budget darauf zurück. Ich bin mit dieser Zielsetzung nicht einverstanden.

Auf Seite 5, Punkt 11, Schlussfolgerungen: Im dritten und fünften Absatz wird das Betagtenheim erwähnt. Ich frage den Gemeinderat, ob das Land verkauft oder im Baurecht abgegeben wird? Wird das Betagtenheim abgerissen oder weiterverkauft? In welchem Zeitrahmen? Das hat alles Einfluss auf das Budget mit den grossen Verlusten, die wir haben. Mit den 5 Mio. Franken, die wir zusätzlich abschreiben, und den zehn Jahren Schnellabschreibung.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu den Seiten 6 bis 27: Keine Bemerkungen. Möchte der Gemeinderat Stellung nehmen?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Ich kann mich kurz halten. Da wir beim Betagtenheim in Verkaufsverhandlungen sind und die Verträge noch nicht abgeschlossen sind, kann ich mich dazu nicht äussern. Sobald aber die Vorverträge unterzeichnet sind, den GGR sofort informieren.

Präsidentin: **Ich stelle fest, dass Sie den Politikplan 2016 bis 2020 zur Kenntnis genommen haben.**

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE